

Bericht aus Straßburg

Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP



Joachim Zeller MdEP

Neue Perspektiven für die Ostsee

Das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg hat in der letzten Sitzungswoche mit breiter Mehrheit die "Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und die Rolle der Makroregionen im Rahmen der künftigen Kohäsionspolitik" verabschiedet, für die ich innerhalb der EVP-Fraktion als Berichtersteller zuständig bin.

Die Ostsee ist mit der Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 de facto zu einem Binnenmeer der Europäischen Union geworden. Die Ostsee und die angrenzenden Regionen haben gute Chancen, mit Hilfe der Strategie große Schritte in ihrer ökonomischen und ökologischen Entwicklung zu machen.

Die Strategie sieht vor, dass die acht EU-Anrainerstaaten der Ostsee (Deutschland, Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen) stärker als bisher im Rahmen einer Makroregion zusammenarbeiten und ihre Potentiale bündeln. Die einzelnen Länder verfügen über zahlreiche gemeinsame Ressourcen und sind eng miteinander verflochten. Eine enge Kooperation mit Russland, Belarus und Norwegen ist ebenfalls von großer Wichtigkeit.

Schwerpunkte dieser grenzüberschreitenden Kooperation sind neben den Bereichen Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung eine gesicherte Energieversorgung, der gemeinsame Ausbau der Infrastruktur sowie die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Die Ostsee ist in einem teils katastrophalen ökologischen Zustand. Jeden Sommer droht aufgrund des übermäßigen Eintrags von Nährstoffen die Gefahr von Eutrophierung und Algenblüte, was nicht weiter hingenommen werden kann.

Mit dem nunmehr verabschiedeten Bericht sollen Forschung und Innovation gerade in kleinen und mittleren Unternehmen grenzüberschreitend gefördert und Hindernisse für den Binnenmarkt abgebaut werden, um so den Wohlstand in der Region insgesamt zu steigern.

In einer Pressemeldung habe ich herausgehoben, wie sehr ich es begrüße, dass sich aus diesen Kooperationen auch große Chancen für viele unserer innovativen Berliner Unternehmen ergeben. Berlin soll ferner eine wichtige Brückenkopffunktion beim Ausbau der transnationalen Verkehrsnetze bekommen. Eine verbesserte Verkehrsanbindung Berlins wird sich nachhaltig auf Wachstum und Beschäftigung in der Hauptstadtregion auswirken. Es freut mich besonders, dass es mir gelungen ist, die Eisenbahnachse Berlin-Rostock als wichtigen Teil einer transeuropäischen Verbindung in den Bericht aufnehmen zu lassen.

Bericht aus Straßburg | Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP | Ausgabe: Juli 2010

Herausgeber: Joachim Zeller MdEP

Kontakt (Brüssel): EP-Brüssel, ASP 15 E 258, Rue Wiertz 60, B - 1047 Brüssel, Tel. 00 32 22 / 84 59 10

Kontakt (Berlin): Büro beim Deutschen Bundestag, Wilhelmstraße 60, 11011 Berlin, Tel. 030 / 22 77 10 00

Antrittsbesuch des neuen Bundespräsidenten in Straßburg

Bei seiner ersten Auslandsreise besuchte der neu gewählte Bundespräsident Christian Wulff das Europäische Parlament. Nach einem Treffen mit Parlamentspräsident Buzek, kam Wulff mit den 99 deutschen Europa-Abgeordneten zusammen. Die Fotos zeigen den Bundespräsidenten mit den deutschen Abgeordneten der EVP-Fraktion sowie, zusammen mit seiner Ehefrau Bettina, im Gespräch mit Joachim Zeller.



Europäisches Sommerfest

Im Herzen Berlins unmittelbar am Berliner Hauptbahnhof fand am 19. Juni 2010 erstmals ein Europäisches Sommerfest unter der Schirmherrschaft von Joachim Zeller statt. Trotz harter Konkurrenz durch „König Fußball“ und den Christopher Street Day fanden sich viele politisch Interessierte im Zelt des Traumtheaters Salome zu „Live Music“ und interessanten Hintergrundgesprächen ein.

Besuchergruppe im Europäischen Parlament

Am 3. Juni 2010 waren Schüler der Metropolitan School aus Berlin Mitte zu Besuch in Brüssel. In der Zeit vom 15. bis 17. Juni 2010 hatten dann 48 Berliner Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, in Straßburg das Europäische Parlament sowie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu besuchen.

Die Gäste nahmen auch an einer Sitzung des Europäischen Parlaments zum Thema "Finanzausgleich von grenzüberschreitender Katastrophenhilfe" teilnehmen, wobei ihr Gastgeber während der Debatte eine Rede im Plenarsaal hielt.



Situation in Kirgisistan

Am 7. Juli debattierte das europäische Parlament über die Lage in Kirgisistan. Die Nachrichten von Morden, Zerstörungen und Vertreibungen haben mich sehr erschüttert. In meinem Wortbeitrag wies ich auf die Verantwortung hin, die wir gegenüber den zentralasiatischen Staaten haben. Wir müssen den Ländern dieser Region unsere ganze Aufmerksamkeit widmen. Diese Aufmerksamkeit sollten wir nicht nach Bodenschätzen und besonderem wirtschaftlichem Interesse ausrichten, sondern alle Staaten dieser Region gleichberechtigt im Rahmen der 2007 beschlossenen Zentralasienstrategie in den Blick nehmen.

Die Staaten Zentralasiens, die sich vor noch nicht einmal 20 Jahren aus der einstmaligen zaristischen und späteren sowjetischen Herrschaft befreiten, tragen ein schweres Erbe: die von Stalin willkürlich und ohne Rücksicht auf die Heimatregionen der dort lebenden Völker gezogenen Grenzen erschweren offenbar das Zusammenleben.

Die Zukunft dieser Staaten sieht angesichts von Armut, Korruption und der Missachtung von Menschen- und Minderheitenrechten äußerst düster aus. Autoritäre Regime, die miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse, die z.B. in Tadschikistan und Kirgisistan Hunderttausende in die Arbeitsemigration zwingen und die wiederholten Gewaltausbrüche bei Konflikten wie jetzt in Kirgisistan sind schwere Hindernisse auf dem Weg zu einer freien und prosperierenden Gesellschaft.

In meinem Redebeitrag im Parlament forderte ich, dass die Europäische Union nicht nur zusehen darf. Wenn der Weg dieser Staaten nicht dauerhaft zu fundamentalistischen und diktatorischen Strukturen führen soll, bedarf es unseres vollen Einsatzes. Neben der dringend notwendigen materiellen Hilfe, brauchen wir den Kontakt zu diesen Staaten und die aktive Unterstützung für die sich dort entwickelnden demokratischen Kräfte. Wir müssen der Ministerpräsidentin Rosa Otunbaewa bei der Befriedung Kirgisistans und auf dem Weg zu stabilen politischen Verhältnissen eine Chance geben.

Allerdings müssen unseren Debatten und Resolutionen auch Taten folgen, so dass die Menschen in Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Staaten spüren, dass die Europäer sie auf ihrem Weg in die Zukunft nicht alleine lassen und undemokratischen Kräften ausliefern.

Finanzaufsicht auf EU-Ebene

Das Europäische Parlament hat in Straßburg über die Zuständigkeiten und Befugnisse der europäischen Finanzaufsichtsbehörden abgestimmt und mit einer überwältigenden Mehrheit eine deutliche Botschaft an die Mitgliedstaaten geschickt. Die einzige Möglichkeit einer wirksamen Finanzaufsicht basiert auf einer grundsätzlichen Reform des derzeitigen Systems. Entsprechend hat das Plenum für eine Vertagung der Endabstimmung über diesen Gesetzentwurf gestimmt und den Text an den Ausschuss zurück überwiesen. Damit verschafft sich das Parlament die dringend benötigte Zeit, um nach der Sommerpause mit dem Europäischen Rat zu einer Einigung zu kommen.

Die Finanzmarktaufsicht über grenzüberschreitend tätige Großbanken soll künftig nicht mehr in der Hand der nationalen Aufseher liegen, sondern bei einem EU-Gremium angesiedelt sein. In Krisensituationen soll die europäische Aufsicht das letzte Entscheidungsrecht haben. Das geplante Aufsichtssystem soll bereits Anfang 2011 bereit stehen.

Die Abgeordneten billigten ferner eine EU-Richtlinie zur Begrenzung von Banker-Boni. Künftig sollen höchstens 30 Prozent der Prämien bar ausbezahlt werden dürfen und die Zahlungen auf drei bis fünf Jahre gestreckt sein. Ob es zur vollen Auszahlung kommt, soll vom tatsächlichen Erfolg eines Managers abhängig sein. Luxuspensionen für gescheiterte Spitzenbanker sind damit künftig passé.

Zustimmung zum SWIFT-Abkommen

Nach langen Nachverhandlungen haben die Mitglieder des Europäischen Parlaments das SWIFT-Abkommen mit den USA angenommen und damit den Weg für das Inkrafttreten frei gemacht. Das Abkommen war vor allem wegen massiver Datenschutzbedenken in die Kritik geraten.

Sowohl die EU-Kommission als auch die Mitgliedstaaten waren den Forderungen der Parlamentarier weit entgegengekommen, so dass die Zustimmung nun möglich wurde.

Dennoch kann das vorliegende Abkommen nur eine Übergangslösung sein. Kommission und Mitgliedsstaaten sind aufgerufen, rasch ein eigenes europäisches System zur Auswertung von Finanztransaktionsdaten aufzubauen.

Das SWIFT-Abkommen regelt den Austausch von Bankdaten zwischen den USA und der EU und ist ein wichtiger Pfeiler des gemeinsamen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Das Europäische Parlament hatte die erste Fassung jedoch abgelehnt. Die Bedenken der Parlamentarier zielten vor allem auf die unterschiedlichen Standards beim Datenschutz und die mangelnde Überwachung der Auswertung von Daten.

Nun soll sichergestellt werden, dass die abgerufene Datenmenge so klein wie möglich ist und nur in begründeten Verdachtsfällen abgerufen werden darf. EU-Beamte sind während der gesamten Auswertung der Daten vor Ort und überwachen die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen. Zu diesen gehört auch, dass jeder Bürger bei der nationalen Datenschutzbehörde Auskunft über die Weitergabe seiner Daten einholen kann. Besteht der Verdacht einer missbräuchlichen Verwendung, kann er Beschwerde bei einer amerikanischen Behörde einlegen. Auch die Bedenken der Christdemokraten bezüglich der Weitergabe von Daten an Drittstaaten wurden aufgenommen: Dies ist nur noch nach ausdrücklicher Genehmigung eines EU-Mitgliedsstaates möglich.

Dazu mein Kommentar in eigener Sache:

Im Gegensatz zu der Mehrheit des Europäischen Parlaments gehörte ich nicht zu den vorbehaltlosen Befürwortern des Abschlusses des *"Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus"*.

Ich habe mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Nach Aussage insbesondere der Kolleginnen und Kollegen, die aus Ländern stammen, die nicht nur vom al-Quaida-Terrorismus bedroht sind, sondern auch mit inländischen terroristischen Aktivitäten zu kämpfen haben, liegt der Wert dieses Abkommens in einem Erkenntnisgewinn durch die Datenauswertung, der derzeit in Europa durch die europäischen Sicherheitssysteme nicht bereitgestellt werden kann. Durch die jetzt mit den USA vereinbarten Modalitäten soll der von Vielen befürchtete Datenmissbrauch zu anderen Zwecken als der Terrorismusabwehr nicht mehr gegeben sein.

Da ich die Situation durchaus sehe, dass wir beim Aufbau eines gemeinsamen europäischen Terrorabwehrsystem erst am Anfang stehen, gleichwohl meine Zweifel nicht gänzlich ausgeräumt werden konnten, dass die Sicherungssysteme gegen Datenmissbrauch im neuen, von den Mitgliedsstaaten abgeschlossenen 5-Jahresvertrag mit den USA den in Europa geltenden Standards in der Praxis werden entsprechen können, konnte ich mich bei dieser Abstimmung nur der Stimme enthalten.

Belgien übernimmt die Ratspräsidentschaft

Der belgische Interims-Premierminister Yves Leterme stellte in Straßburg das Programm der sechsmonatigen belgischen Ratspräsidentschaft vor. Zu den Schwerpunkten gehören Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt, eine verbesserte Finanzmarktaufsicht, Umwelt- und Klimaschutz sowie die Vollendung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Da Belgien sich derzeit in einer schwierigen Phase der Regierungsbildung befindet, wird die belgische Ratspräsidentschaft wird das Wirken der belgischen Ratspräsidentschaft mit großer Spannung gesehen.

Zuvor hatte der spanische Ministerpräsident José Luis Rodriguez Zapatero Bilanz des spanischen Ratsvorsitzes gezogen. Im Zuge der Plenardebatte stellten Abgeordnete der Europäischen Volkspartei dem Spanier und seiner sozialistischen Regierung zum Teil vernichtende Urteile über seine Präsidentschaft aus. Vor allem wurde die fehlende Durchsetzungskraft bei der Finanzkrise und der Stabilisierung der Märkte kritisiert.